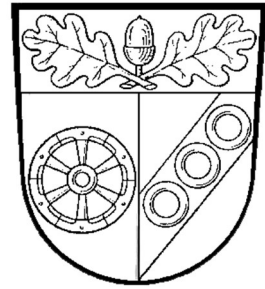


AMTSBLATT

des Landratsamtes Aschaffenburg



Nr. 11

Aschaffenburg, 24. Februar 2022

59

INHALTSVERZEICHNIS

1	Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2020 des Zweckverbandes Fernwasserversorgung Spessartgruppe	60
2	Manöver- und andere Übungen der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte	66
3	Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	67
4	Allgemeinverfügung bezüglich des Vollzuges des Bayerischen Versammlungsgesetzes (BayVersG) und der 15. Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV)	69

Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2020 des Zweckverbandes Fernwasserversorgung Spessartgruppe, Sitz Alzenau-Hörstein, mit dem Bestätigungsvermerk des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes, München

I.

Gemäß den Beschlüssen der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Fernwasserversorgung Spessartgruppe vom 10.02.2022 wird die Jahresrechnung 2020 gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt und Entlastung erteilt. Der zum 31.12.2020 ausgewiesene Jahresverlust in Höhe von 77.063,89 € wurde mit Gewinnvorträgen verrechnet.

Nach § 25 Abs. 4 EBV i.V.m. § 27 der Verbandssatzung wird der festgestellte Jahresabschluss 2020 sowie der Bestätigungsvermerk des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes vom 03.12.2021 öffentlich bekanntgemacht.

II.

Bestätigungsvermerk des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes

Für den Jahresabschluss und den Lagebericht 2020 in der aus den Anlagen 1 und 2 ersichtlichen Fassung haben wir am 03.12.2021 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Zweckverband Fernwasserversorgung Spessartgruppe

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Zweckverbandes Fernwasserversorgung Spessartgruppe, Alzenau – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverbandes Fernwasserversorgung Spessartgruppe für das Wirtschaftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse bestätigen wir nach § 7 Abs. 4 Nrn. 2 und 3 KommPrV:

Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften und der Verbandssatzung. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts entsprechend § 317 HGB und Art. 107 Abs. 3 Satz 2 GO unter Beachtung der KommPrV und der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Zweckverband unabhängig in Übereinstimmung mit den kommunalrechtlichen Vorschriften und haben unsere Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Verbandsversammlung für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Verbandsversammlung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Zweckverbands zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung Bayern entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und Art. 107 Abs. 3 Satz 2 GO unter Beachtung der KommPrV und der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbands abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbands.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern darstellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Erweiterung der Jahresabschlussprüfung gemäß § 7 Abs. 4 Nr. 2 KommPrV

Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen:

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Zweckverbands i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Wirtschaftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 befasst.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten bestätigen wir zu den wirtschaftlichen Verhältnissen nach § 7 Abs. 4 Nr. 2 KommPrV: Die wirtschaftlichen Verhältnisse wurden geprüft; sie geben keinen Anlass zu Beanstandungen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Zweckverbands sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.

Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.“

München, den 03.12.2021
Bayerischer Kommunalen
Prüfungsverband

Helmut Wiedemann
Wirtschaftsprüfer

Zusatz:

Der Jahresabschluss 2020 mit Lagebericht liegt ab dem 24.02.2022 in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Fernwasserversorgung Spessartgruppe, Gerichtsplatzstraße 100, 63755 Alzenau-Hörstein, öffentlich aus. Aufgrund der Corona-Pandemie wird vor der Einsichtnahme in den Jahresabschluss um Terminvereinbarung mit der Geschäftsstelle gebeten.

Die Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes Fernwasserversorgung Spessartgruppe werden gebeten, in ihren gemeindlichen Amts- und Mitteilungsblättern auf diese Veröffentlichung hinzuweisen.

Aschaffenburg, 24.02.2022

L A N D R A T S A M T

gez.

Katrin Brand

Oberregierungsrätin

Manöver- und andere Übungen der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte

Die Bundeswehr führt in der Zeit vom 28.03.2022 bis 31.03.2022 unter der Bezeichnung „Spessart Ost“ eine Gefechtsübung durch.

Der Übungsraum umgrenzt im Landkreis Aschaffenburg das Gebiet der VGem Mespelbrunn sowie der Gemeinden Rothenbuch, Waldaschaff und Weibersbrunn.

An der Übung beteiligen sich 60 Soldaten mit 6 Räderfahrzeugen. Nachtmärsche finden statt. Manövermunition wird verwendet.

Der Bevölkerung wird nahegelegt, sich von den Einrichtungen der übenden Truppen fern zu halten. Besonders wird auf die Gefahren hingewiesen, die von liegengelassenen Sprengmitteln, Fundmunition und dgl. ausgehen.

Nähere Auskünfte zur Abwicklung von Manöverschäden erteilen die Gemeinden sowie das Bundeswehrleistungszentrum Hammelburg, Rommelstr. 27, 97762 Hammelburg.

Landratsamt Aschaffenburg
51.2-824-1-04/20

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);

Antrag der Firma INRO Industrierohstoffe GmbH, Leiderer Straße 12, 63811 Stockstadt auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 BImSchG i.V.m. § 19 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb einer Anlage zur zeitweiligen Lagerung, Behandlung und zum Umschlag von Abfällen am Standort Hahnenkammstraße 2, 63811 Stockstadt

Die Firma INRO Industrierohstoffe beantragt, künftig an ihrem Standort Hahnenkammstraße 2, 63811 Stockstadt, folgende Anlagen nach dem Anhang 1 der Vierten Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (4. BImSchV) errichten und betreiben zu dürfen:

- Anlage zur sonstigen Behandlung mit einer Durchsatzkapazität von nicht gefährlichen Abfällen, soweit nicht durch Nummer 8.11.2.3 erfasst, von 10 Tonnen oder mehr je Tag nach Nr. 8.11.2.4 des Anhang 1 der 4. BImSchV;
- Anlage zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen, auch soweit es sich um Schlämme handelt, ausgenommen die zeitweilige Lagerung bis zum Einsammeln auf dem Gelände der Entstehung der Abfälle und Anlagen, die durch Nummer 8.14 erfasst werden bei nicht gefährlichen Abfällen mit einer Gesamtlagerkapazität von 100 Tonnen oder mehr nach Nr. 8.12.2 des Anhang 1 der 4. BImSchV;
- Anlage zur zeitweiligen Lagerung von Eisen- oder Nichteisenschrotten, einschließlich Autowracks, mit einer Gesamtlagerfläche von 1.000 bis weniger als 15.000 Quadratmeter oder einer Gesamtlagerkapazität von 100 bis weniger als 1.500 Tonnen nach Nr. 8.12.3.2 des Anhang 1 der 4. BImSchV;
- Anlage zum Umschlagen von Abfällen mit einer Kapazität von 100 Tonnen oder mehr nicht gefährlichen Abfällen je Tag nach Nr. 8.15.3 des Anhang 1 der 4. BImSchV.

Für das Vorhaben wurde beim Landratsamt Aschaffenburg eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 4 BImSchG i.V.m. § 19 BImSchG beantragt. Die hierfür erforderlichen Unterlagen wurden am 13.07.2021 eingereicht.

Das beantragte Vorhaben bedarf gemäß § 7 Absatz 2 Satz 1 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls, da es unter die Nr. 8.7.1.2 der Anlage 1 zum UVPG fällt.

Diese Prüfung ergab, dass keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, da das Betriebsgelände ein großflächiges Industriegelände mit gebietstypischer Bebauung ist, mit dem Vorhaben keine wesentlichen baulichen Änderungen verbunden sind, die Änderung innerhalb eines bestehenden Industriegebiets durchgeführt wird und Schutzgüter und -gebiete nicht negativ betroffen sind. Es werden ausreichende Schutzmaßnahmen vor schädlichen Umwelteinwirkungen getroffen.

Deshalb besteht keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Diese Feststellung wird hiermit nach § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben. Nach § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbstständig anfechtbar.

Aschaffenburg, den 24.02.2022

Lea Röth
Regierungsrätin

Allgemeinverfügung

des Landratsamtes Aschaffenburg
bezüglich des Vollzuges des Bayerischen Versammlungsgesetzes (BayVersG) und
der 15. Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV)

vom 23.02.2022

Das Landratsamt Aschaffenburg erlässt auf Grundlage des Art. 15 Abs. 1 BayVersG in Verbindung mit § 35 Satz 2 BayVwVfG und § 8 Abs. 1 Satz 2 der 15. Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 23.11.2021, die zuletzt durch Verordnung vom 21. Februar 2022 (BayMBl. Nr. 118) geändert worden ist, folgende

Allgemeinverfügung

1. Nicht angezeigte oder angemeldete Versammlungen im Landkreis Aschaffenburg werden nach Art. 15 Abs. 1 BayVersG i. V. m. § 8 Abs. 1 Satz 2 der 15. BayIfSMV wie folgt beschränkt:
 - 1.1 Gemäß § 8 Abs. 1 S. 1 der 15. BayIfSMV ist zwischen den Veranstaltungsteilnehmern ein Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten. Die Vorgaben des § 8 Absatz 1 Satz 1 der 15. BayIfSMV gelten aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 GG) während der Durchführung bzw. Teilnahme an einer Versammlung nicht für enge Familienangehörige und Angehörige eines gemeinsamen Hausstandes.
 - 1.2 Die Veranstaltungsteilnehmer sind während der Veranstaltung durchgängig zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes (OP-Maske oder FFP2-Maske) verpflichtet. Die Maske darf lediglich zu Identifikationszwecken sowie bei zwingenden Gründen (z. B. für Redebeiträge im Rahmen der Ausübung des Versammlungsrechts) abgenommen werden.
 - 1.3 Von der Maskenpflicht befreit sind Kinder bis zum sechsten Geburtstag sowie Personen, die glaubhaft machen können, dass ihnen das Tragen einer Maske aufgrund einer Behinderung oder aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich oder unzumutbar ist. Personen, die sich auf eine Befreiung von der Maskenpflicht berufen, haben sich unmittelbar mit Versammlungsbeginn bei der Polizei zu melden und ihre Befreiung insbesondere durch Vorlage eines schriftlichen ärztlichen Zeugnisses im Original, das den vollständigen Namen, das Geburtsdatum und konkrete Angaben zum Grund der Befreiung enthalten muss, sowie eines Personalausweises o. Ä. glaubhaft zu machen.
 - 1.4 Die Veranstaltungen sind ausschließlich stationär bzw. ortsfest und ohne Aufzug zulässig.
 - 1.5 Abweichend von Nr. 1.2.- 1.4 können auf Antrag Ausnahmen erteilt werden, sofern dies im Einzelfall aus infektionsschutzrechtlicher Sicht vertretbar ist. Der Antrag ist in der Regel spätestens 48 Stunden vor Beginn der Bewerbung der Veranstaltung dem Landratsamt Aschaffenburg fernmündlich, schriftlich, elektronisch oder zur Niederschrift oder außerhalb der Dienstzeiten bei Eilveranstaltungen bei der Polizeidienststelle zu stellen. Bei der Berechnung der Frist bleiben gemäß Art. 13 Abs. 1 S. 2 BayVersG Samstage, Sonn- und Feiertage außer Betracht. Bei einem fernmündlichen Antrag kann das Landratsamt Aschaffenburg verlangen, den Antrag schriftlich, elektronisch oder zur Niederschrift unverzüglich nachzuholen.

- 1.6 Abweichend von Nr. 1.2 – 1.4 kann vor Ort durch Entscheidung des Einsatzleiters der Polizei von den Beschränkungen abgewichen werden, sofern dies im Einzelfall vertretbar erscheint.
2. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft und ist gültig bis zum 19.03.2022.

Gründe

I.

Es kommt auch weiterhin immer häufiger in den sozialen Medien zu Aufrufen zur Teilnahme an unangemeldeten Versammlungen in der Gestalt von „Spaziergängen“ gegen die Corona-Regelungen, die Corona-Schutzimpfungen und den damit verbundenen Maßnahmen, so auch im Landkreis Aschaffenburg. Derzeit wächst der Widerstand gegen die hierbei angeordnete Maskenpflicht, so dass damit zu rechnen ist, dass Versammlungen künftig nicht mehr angemeldet werden. Da es sich hierbei um ein dynamisches Geschehen handelt, muss damit gerechnet werden, dass diese Ansammlungen regelmäßig und bis auf weiteres, auch mit einer größeren Anzahl an Teilnehmern, durchgeführt werden. Aus den bisherigen Erfahrungen der nicht angemeldeten Versammlungen am 17.01.2022 und 18.01.2022 in Kahl am Main, am 17.01.2022, 24.01.2022 und 31.01.2022 in Stockstadt am Main und am 24.01.2022 und 31.01.2022 in Großostheim ist ersichtlich, dass der für Versammlungen unter freiem Himmel zwischen den Teilnehmern geltende gesetzliche Mindestabstand von 1,5 m hierbei nicht immer eingehalten und auch der Maskenpflicht nur vereinzelt nachgekommen wurde. In den sozialen Medien wird für entsprechende „Spaziergänge“ im Landkreis Aschaffenburg aufgerufen, wobei teilweise in provokanter Art und Weise gegen die Verpflichtung zur zeitgerechten Anzeige von Versammlungen verstoßen wird und das Landratsamt Aschaffenburg als zuständige Behörde auf diesem Weg daran gehindert wird ein geplantes Versammlungsgeschehen im Vorfeld zu ordnen.

Aufgrund der fehlenden Abstimmungsmöglichkeit mit den anonymen Initiatoren der Versammlungen, der schwer einschätzbaren Situation sowie der polizeilichen Feststellungen bei den oben genannten vorangegangenen Versammlungen hält es das Landratsamt Aschaffenburg als Versammlungsbehörde für erforderlich, geeignet und auch verhältnismäßig auch weiterhin Anordnungen nach Art. 15 Abs. 1 BayVersG zumindest gegenüber den Teilnehmern in Form einer durch Veröffentlichung im Amtsblatt bekanntzumachenden Allgemeinverfügung zu treffen.

Die bayernweite 7-Tage-Inzidenz ist in den vergangenen Tagen nur leicht gesunken, bleibt aber trotzdem auf einem hohen Niveau. Zudem ist mit keiner schnellen Entspannung der Lage zu rechnen. Auch wenn sich die Lage in den Krankenhäusern kurzfristig leicht entspannt hat, ist auf Grund der Omikronvariante und dem dadurch entstehenden Personalmangel mit einer erheblichen Belastung der Kliniken zu rechnen. Am 22.02.2022 wurden 51 positiv getestete Mitarbeiter durch das Gesundheitsamt gemeldet. Bei den Versammlungsteilnehmern ist überwiegend von nicht vollständig immunisierten Versammlungsteilnehmern auszugehen.

II.

Das Landratsamt Aschaffenburg ist für den Erlass dieser Allgemeinverfügung sachlich (Art. 24 Abs. 2 S. 1 BayVersG, § 8 Abs. 1 S. 2 der 15.BayIfSMV) und örtlich (Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes) zuständig.

Nach Art. 15 Abs. 1 und 2 des BayVersG kann die zuständige Behörde eine Versammlung beschränken, wenn nach den zur Zeit des Allgemeinverfügungserlasses erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung unmittelbar gefährdet ist. Die öffentliche Sicherheit umfasst hierbei die Individualrechtsgüter Leben, Gesundheit, Freiheit, Ehre, Eigentum und Gemeinschaftsrechtsgüter der Integrität der Rechtsordnung, Bestand und Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Einrichtungen sowie die tragenden Prinzipien der verfassungsmäßigen Ordnung.

Unter Einhaltung der Vorgaben des § 8 Abs. 1 der 15. BayIfSMV sind öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel auch in den Zeiten der Corona-Pandemie zulässig. § 8 Abs. 1 Satz 1 der 15. BayIfSMV bestimmt für Versammlungen im Sinne des Bayerischen Versammlungsgesetzes einen Mindestabstand von 1,5 m zwischen allen Teilnehmern. Die nach Art. 24 Abs. 2 BayVersG zuständigen Behörden haben erforderlichenfalls durch Beschränkungen nach Art. 15 BayVersG sicherzustellen, dass die von der Versammlung ausgehenden Infektionsgefahren auch im Übrigen auf ein vertretbares Maß beschränkt bleiben (§ 8 Abs. 1 Satz 2 der 15. BayIfSMV).

Für Versammlungen unter freiem Himmel sieht § 8 Abs. 1 der 15. BayIfSMV keine generelle Maskenpflicht mehr vor. Im Einzelfall kann eine Maskenpflicht jedoch auf Grundlage von § 8 Abs. 1 Satz 2 der 15. BayIfSMV angeordnet werden, wenn die von der Versammlung ansonsten ausgehenden Infektionsgefahren nicht auf ein vertretbares Maß beschränkt bleiben. Versammlungsverbote dürfen als tiefgreifendste bzw. stärkste Eingriffe in das Grundrecht aus Art. 8 Abs. 1 GG auch in Ansehung der grundlegenden Bedeutung der Versammlungsfreiheit für das demokratische und freiheitliche Gemeinwesen allerdings nur verfügt werden, wenn mildere Mittel nicht zur Verfügung stehen und der hierdurch bewirkte Grundrechtseingriff insgesamt nicht außer Verhältnis steht zu den jeweils zu bekämpfenden Gefahren und dem Beitrag, den ein Verbot zur Gefahrenabwehr beizutragen vermag (stRspr, vgl. z.B. BVerfG, B.v. 30.08.2020 – 1 BvQ 94/20 – Rn. 16; vgl. auch BayVGh, B.v. 29.04.2010 – 10 CS 10.1040 – juris Rn. 12 m.w.N.; B.v. 16.01.2021 – 10 CS 21.166 – juris Rn. 10).

Ein Versammlungsverbot scheidet nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit demnach aus, solange mildere Mittel und Methoden der Rechtsgüterkonfliktbewältigung wie versammlungsrechtliche Beschränkungen und der verstärkte Einsatz polizeilicher Kontrollen nicht ausgeschöpft oder mit tragfähiger Begründung ausgeschieden sind (BayVGh a.a.O. unter Verweis auf BVerfG, B.v. 04.09.2009 – 1 BvR 2147/09 – juris Rn. 17 m.w.N.).

Die tatbestandlichen Voraussetzungen des Art. 15 Abs. 1 BayVersG für die Festsetzung von Beschränkungen sind erfüllt. Es liegt im Landkreis Aschaffenburg eine Sachlage vor, die bei ungehindertem Geschehensablauf mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden für die der Versammlungsfreiheit entgegenstehenden Interessen der öffentlichen Sicherheit und/oder Ordnung führt (unmittelbare Gefahr), so dass Auflagen erforderlich sind, um Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu vermeiden, einen störungsfreien Ablauf der Veranstaltung sicherzustellen und die Beeinträchtigung des Personen- und Straßenverkehrs in tragbaren Grenzen zu halten. Es hat sich bei den oben genannten Versammlungen gezeigt, dass sich die Teilnehmer der Versammlung nicht an das geltende Mindestabstandsgebot halten und auch die vorliegende Corona-Problematik leugnen bzw. hier keine Gefahr für die eigene Gesundheit und die Gesundheit der anderen Personen sehen. Die Versammlungsteilnehmer haben auch auf Ansprache hin keine Reaktion gezeigt und sich nicht an die angeordneten Maßnahmen gehalten. Die Teilnehmer sind auch nach der Gefährdungsanalyse der Polizei in der Regel wenig kooperativ bzw. haben sich nach polizeilichem Ansprechen nicht beeindruckt gezeigt und die Ansprache größtenteils ignoriert. Nicht selten entfernten sich auch die Versammlungsteilnehmer noch während der Ansprache und starteten ihren „Spaziergang“ noch vor den Augen der Polizei. Es wurden auch schon entsprechende Verstöße geahndet und trotzdem kam es nur zu einem minimalen Umdenken der beteiligten Versammlungsteilnehmer.

Die festgesetzten Beschränkungen und Auflagen sind demnach geeignet, erforderlich und angemessen, um einen störungsfreien Ablauf der Versammlung sicherzustellen bzw. lässt sich nur unter diesen Auflagen eine infektionsschutzrechtliche und sicherheitsrechtlich konforme Versammlung verwirklichen. Das Landratsamt Aschaffenburg hat dabei unter Berücksichtigung der Bedeutung der Versammlungsfreiheit keine zu geringen Anforderungen an die Gefahrenprognose gestellt und als Grundlage hierfür konkrete und nachvollziehbare tatsächliche Anhaltspunkte ermittelt. Hierbei wurde insbesondere Folgendes berücksichtigt:

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darf ein Verbot von Versammlungen nur zum Schutz von Rechtsgütern, die der Bedeutung des Grundrechts aus Art. 8 Abs. 1 GG zumindest gleichwertig sind, unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und nur bei einer unmittelbaren, aus erkennbaren Umständen herleitbaren Gefährdung dieser Rechtsgüter erfolgen. Insbesondere rechtfertigt die fehlende Anzeige einer Versammlung nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Vorfeld keine Versammlungsuntersagung (BVerfGE 69, 315, 350 f.). Dies hat auch die Versammlungsbehörde nicht verkannt und hat die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und/oder Ordnung lediglich zur Begründung von Beschränkungen einer grundsätzlich erlaubten Versammlung herangezogen. Insoweit wurde das Gebot des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit berücksichtigt, da Beschränkungen einen Vorrang zu einem Verbot haben. Das Landratsamt Aschaffenburg hat als Versammlungsbehörde, wie oben schon erläutert, festgestellt, dass aus infektionsschutzrechtlicher und sicherheitsrechtlicher Sicht die unangemeldeten Versammlungen gemäß den Anordnungen dieser Allgemeinverfügung weiterhin beschränkt werden müssen. Da weiterhin davon auszugehen ist, dass es zu „Spaziergängen“ komme, bei denen keine Versammlungsanzeige erfolgen wird und dadurch eine Kooperation und Abstimmung mit den anonym agierenden Initiatoren nicht möglich ist, sind diese wichtigen Eckpunkte über den Versammlungsablauf und das Ausmaß der Versammlung nicht bekannt. Auch weiterhin wird über das soziale Medium „Telegram“ zu Montags-Spaziergängen in Kahl am Main ausgerufen. Weiterhin liegen Informationen vor, dass auch für einen wöchentlichen Spaziergang immer mittwochs in Karlstein aufgerufen wird. Es ist daher auf Grund der aktuellen Informationslage zweifelsfrei mit weiteren unangemeldeten Versammlungen in Form von „Spaziergängen“ zu rechnen.

Das Entstehen von spontanen Gegendemonstrationen, Missachtung der infektionsschutzrechtlichen Verhaltensregeln und ein mögliches Ausschreiten der Lage kann nicht ausgeschlossen werden. Aufgrund der immer noch rasch steigenden 7-Tages-Inzidenz (Stand: 05.01.2022: 194,6; Stand: 23.02.2022:1.603,71) bleiben die von der Versammlung ausgehenden Infektionsgefahren ohne Auflagen nicht auf ein vertretbares Maß beschränkt. Der oben genannte 7-Tage-Inzidenzwert im Landkreis Aschaffenburg darf für die erforderliche Gefahrenprognose als Anhaltspunkt für ein erhöhtes Infektionsrisiko bei Menschenansammlungen herangezogen werden, auch wenn sich allein daraus noch nicht die erforderliche tatbestandliche unmittelbare Gefährdung bei der Durchführung der Versammlung ergibt.

Das Robert-Koch-Institut, dem der Gesetzgeber im Bereich des Infektionsschutzes mit § 4 IfSG besonderes Gewicht eingeräumt hat, schätzt in seiner Risikobewertung bzw. dem wöchentlichen Lagebericht vom 17.02.2022 die Gefährdung durch COVID-19 für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland insgesamt als sehr hoch ein. Ursächlich hierfür sind das Auftreten und die rasante Verbreitung der Omikron-Variante, die sich deutlich schneller und effektiver verbreitet als die bisherigen Virusvarianten. Durch den weiter schnellen Anstieg der Infektionsfälle kann eine Überlastung des Gesundheitssystems und ggf. weiterer Versorgungsbereiche noch nicht ausgeschlossen werden. Die Infektionsgefährdung wird für die Gruppe der Ungeimpften als **sehr hoch**, für die Gruppen der Genesenen und Geimpften mit Grundimmunisierung (zweimalige Impfung) als hoch und für die Gruppe der Geimpften mit Auffrischimpfung (dreimalige Impfung) als moderat eingeschätzt. Die unterdurchschnittliche Impfquote im Landkreis Aschaffenburg bedeutet insofern ein relativ erhöhtes Risiko. Eine maximale Reduktion der Übertragungsraten ist notwendig, um die zu

erwartende Ausbreitung der Omikron-Variante zu verlangsamen. Ziel der Anstrengung in Deutschland soll es hierbei sein, dass die Dynamik der Omikron-Welle gebremst wird, um schwere Erkrankungen und Todesfälle zu minimieren und das Gesundheitswesen zu entlasten. Zudem sollen Langzeitfolgen nach milderer Krankheitsverläufen, die auch nach milderer Verläufen auftreten können, vermieden werden.

Grundsätzlich sollten alle nicht notwendigen Kontakte reduziert und Reisen vermieden werden. Sofern Kontakte nicht gemieden werden können, sollten Masken getragen, Mindestabstände eingehalten und die Hygiene beachtet werden.

In fachlicher Übereinstimmung mit der Staats- und Bundesregierung müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die im öffentlichen Interesse geboten und aus infektionsschutzrechtlicher Sicht notwendig sind, um im Landkreis Aschaffenburg das Auftreten und die Verbreitung insbesondere der Virusvarianten einzudämmen. Zur Abwendung der vorstehend beschriebenen unmittelbaren Gefahr der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden die in Nr. 1.1 – 1.4 genannten Beschränkungen nach pflichtgemäßem Ermessen unmittelbar gegenüber den Teilnehmern der o.g. Versammlungen im Landkreis Aschaffenburg angeordnet.

Aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie waren die Anordnungen erforderlich, geeignet und auch angemessen, um die Versammlung trotz derzeitigem Infektionsgeschehen mit Covid-19 dennoch stattfinden lassen zu können und hierbei das Infektionsrisiko auf ein vertretbares Maß zu minimieren. Die Verpflichtung zur Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 m zwischen den Versammlungsteilnehmern ergibt sich aus § 8 Abs. 1 Satz 1 der 15. BayIfSMV. Die Regelung der Ziffer 1.1. ist insoweit nur deklaratorisch.

Die Anordnung der Maskenpflicht ergibt sich aus § 8 Abs. 1 Satz 2 der 15. BayIfSMV und ist ebenfalls aus Gründen des Infektionsschutzes erforderlich. Unter Berücksichtigung der Ausnahmetatbestände für bestimmte Personengruppen stellt die Anordnung einer Maskenpflicht das eindeutig mildere Mittel gegenüber einer ansonsten erforderlichen Beschränkung der Teilnehmerzahlen der Versammlungen oder einer Beschränkung der Versammlungsorte dar. Die angeordnete Maskenpflicht ist auch geeignet, die Infektionsgefahr zu verringern. Nachdem das SARS CoV-2-Virus nach derzeitigen Erkenntnissen vor allem durch Tröpfcheninfektion und aufgrund der Inkubationszeit von mehreren Tagen regelmäßig unbemerkt, noch vor dem Auftreten von Krankheitssymptomen, übertragen wird, ist gerade das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen geeignet, eine Ausbreitung des Virus in der Bevölkerung zu reduzieren. Hier ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass sich die besorgniserregende Virusvariante Omikron – bei der von einer deutlich erhöhten Übertragbarkeit im Vergleich zur ursprünglichen Virusvariante ausgegangen wird – auch in Deutschland immer stärker verbreitet bzw. schon mehr als 80 % der Fälle auf die Omikron-Variante zurückzuführen sind. Das durch die Mutation nun höher einzuschätzende Infektionsrisiko durch Tröpfchen besteht besonders im Zusammenhang mit den beschriebenen Versammlungen, da hierbei teilweise eine große Anzahl an Teilnehmern zusammenkommen werden. Gerade deshalb ist die angeordnete Maskenpflicht geeignet weitere Infektionen zu verhindern oder zumindest einzudämmen. Zudem muss hier auch in Betracht gezogen werden, dass bei den bisher im Landkreis stattfindenden Versammlungen größtenteils der gesetzlich angeordnete Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten wird. Gerade bei einer Unterschreitung des Mindestabstandes ohne Maskenpflicht kann es zu einer raschen Verbreitung des SARS CoV-2-Virus kommen, welches unter Umständen zu einer Überlastung des Gesundheitswesens oder einem personellen Ausfall im Bereich der kritischen Infrastruktur führen kann.

Die Beschränkung dieser unangekündigten Versammlungen unter freiem Himmel in der Gestalt, als dass diese im Landkreis Aschaffenburg ausschließlich ortsfest zulässig sind, ist geeignet, erforderlich und angemessen den Infektionsschutz zu gewährleisten und eine Überlastung des Gesundheitswesens zu verhindern. Bei einem Aufzug ist davon auszugehen, dass über ein vertretbares Maß hinaus Infektionsgefahren entstehen. Eine sich bewegende Versammlung hat ein erheblich höheres Risikopotenzial als eine stationäre, denn es handelt sich um ein dynamisches Geschehen, in dem die verschiedenen Bewegungen der Passanten und der Versammlungsteilnehmer aufeinandertreffen (VG Regensburg, Beschluss vom 11.11.2020, Az. RN 4 S 20.2742). Eine konsequente Einhaltung der Mindestabstände erfordert unter diesen Umständen ein Maß an gegenseitiger Vorsicht, Rücksichtnahme und Voraussicht bei allen Beteiligten. Ein mobiler Aufzug stellt ein dynamisches Geschehen dar, weil er sich nicht gleichmäßig bewegt, sondern es regelmäßig je nach individuellem Gehtempo bzw. Entwicklung der Versammlung zu (unerwarteten) Stockungen, Beschleunigungen und Verschiebungen innerhalb der Gruppe der Versammlungsteilnehmer kommt, weshalb grundsätzlich die Gefahr besteht, dass es zu nicht unerheblichen Unterschreitungen des gebotenen Mindestabstandes kommt (vgl. BayVGh, Beschluss vom 21.02.2021, Az. 10 CS 21.526). Hinzu kommt das Problem der stark eingeschränkten Überblickbarkeit und damit Kontrollierbarkeit eines sich fortbewegenden Aufzuges. Diese Probleme verschärfen sich mit zunehmender Teilnehmerzahl. Die Ortsfestigkeit und die damit verbundene bessere Überblick- und Kontrollierbarkeit der Versammlungen dienen dem effektiven Infektionsschutz und sollen insbesondere eine Ausbreitung von SARS-CoV-2 zeitlich und räumlich verlangsamen. Eines der zentralen Ziele ist dabei die Verhinderung einer Überlastung des Gesundheitssystems. Die Anordnung der Ortsfestigkeit ist auch erforderlich. Mildere, gleich wirksame Mittel sind nicht ersichtlich.

Zudem wird mit Nr. 1.6 der Allgemeinverfügung aufgrund von Verhältnismäßigkeitserwägungen gleichzeitig die Möglichkeit eingeräumt, eine Ausnahme von der Ortsfestigkeit zu beantragen, über die die Polizei vor Ort im Einzelfall und unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen entscheidet. Dabei werden u.a. die angezeigte Teilnehmerzahl, die Versammlungsortlichkeit bzw. die Wegstrecke, die Art und Weise der Versammlung, die Gewährleistung der Einhaltung des Mindestabstandes und der Maskenpflicht sowie die aktuelle infektiologische Situation in den jeweiligen Kommunen mit in die Bewertung eingestellt. Hierbei kann die Polizei dann ordnungsgemäße Abwägungen vornehmen und das Infektionsgeschehen abwägen. Die Anordnung der Ortsfestigkeit ist angemessen und insbesondere verhältnismäßig. Der Eingriff in die Versammlungsfreiheit der Betroffenen (Art. 8 Abs. 1 GG) ist gerechtfertigt.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch die beschränkenden Verfügungen eine konkrete Verletzung der öffentlichen Sicherheit und/oder Ordnung verhindert wird. Die Maßnahmen sind auch angemessen. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit wird durch diese Anordnungen in seinem Wesensgehalt nicht angetastet, da die Versammlungsteilnehmer ihr Anliegen innerhalb dieser Beschränkungen angemessen vortragen können. Der Schutz der Versammlungsteilnehmer sowie der Allgemeinheit vor Schäden an Leben und Gesundheit und die Vermeidung von nicht zumutbaren Beeinträchtigungen gehen dem Recht nach Art. 5 und Art. 8 Grundgesetz vor. Demgegenüber hat der Anspruch der Versammlungsteilnehmer auf Durchführung der Versammlung ohne Beschränkungen zurückzustehen. Die Beschränkungen stehen mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und dem Grundsatz der Gleichbehandlung im Einklang. Eine Abwägung der widerstreitenden Interessen fällt somit zu Gunsten des Schutzes der Allgemeinheit aus; Individualinteressen müssen insoweit zurücktreten, zumal die Anordnungen grundsätzlich zeitlich befristet sind. Auch wird dem Einzelfall dadurch Rechnung getragen, dass der Einsatzleiter der Polizei vor Ort von den unter Ziffer I. der Allgemeinverfügung vom 23.02.2022 aufgeführten Auflagen abweichen kann, sofern dies in der Situation angemessen erscheint.

Die Allgemeinverfügung ist aus Gründen der Verhältnismäßigkeit befristet. Sie wird im Hinblick auf die örtliche Entwicklung und vor dem Hintergrund des § 15 der 15. BayIfSMV fortlaufend auf Wirkung und Erforderlichkeit überprüft und gilt bis zum Auslaufen der 15. BayIfSMV zum 19.03.2022 (Stand 21.02.2022).

Nach Art. 41 Abs. 4 Satz 4 BayVwVfG kann bei öffentlicher Bekanntgabe eines schriftlichen Verwaltungsaktes ein von Satz 3 abweichender Zeitpunkt bestimmt werden. Angesichts der steigenden Infektionszahlen im Landkreis Aschaffenburg ist es geeignet, erforderlich aber auch angemessen, die Frist auf den nächst möglichem Zeitpunkt – hier den Tag nach der Bekanntmachung – zu verkürzen. Die Bekanntmachung im Amtsblatt und auf der Homepage des Landratsamtes Aschaffenburg ist hierzu ein geeignetes Mittel.

Hinweise:

- I. Auf die Einhaltung der Vorgaben des BayVersG, insbesondere auf Art. 6 BayVersG dem Verbot des Mitführens von Waffen und sonstigen Gegenständen, die als Waffe gebraucht werden können (z.B. Messer, Holzstangen, Fackeln, Glasflaschen etc.), wird hingewiesen.
- II. Der Polizei ist die ab Versammlungsbeginn zuständige Versammlungsbehörde, ihren Anweisungen ist jederzeit Folge zu leisten (vgl. Art. 24 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 BayVersG).
- III. Es ist verboten, Uniformteile, Uniformen oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen (Art. 7 BayVersG).
- IV. Es ist verboten, Waffen bei sich zu tragen (Art. 6 BayVersG).
- V. Es ist gem. Art. 16 BayVersG verboten, bei öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, Aufzügen oder sonstigen öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel oder auf dem Weg dorthin Schutzwaffen oder Gegenstände, die als Schutzwaffen geeignet und den Umständen nach dazu bestimmt sind, Vollstreckungsmaßnahmen eines Trägers von Hoheitsbefugnissen abzuwehren, mit sich zu führen. Es ist weiterhin verboten, an derartigen Veranstaltungen in einer Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern, teilzunehmen oder den Weg zu derartigen Veranstaltungen in einer solchen Aufmachung zurückzulegen.
- VI. Wer aus der Versammlung ausgeschlossen wird, hat sie sofort zu verlassen (Art. 5 Abs. 2 BayVersG).
- VII. Die Festsetzungen dieser Allgemeinverfügung sind kraft Gesetzes sofort vollziehbar, da nach Art. 25 BayVersG Klagen gegen Entscheidungen nach dem Bayerischen Versammlungsgesetz keine aufschiebende Wirkung haben.
- VIII. Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Veranstalter oder als Leiter dieser vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt, vgl. Art. 20 Abs. 2 Nr. 4 BayVersG.
- IX. Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer zur Teilnahme an untersagten Versammlungen auffordert, vgl. Art. 20 Abs. 2 Nr. 3, Art. 8 Abs. 3 BayVersG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann **innerhalb eines Monats** nach ihrer Bekanntgabe Klage bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Würzburg

erhoben werden.

Dafür stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

a. Schriftlich oder zur Niederschrift

Die Klage kann schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Anschrift lautet:

Bayerisches Verwaltungsgericht Würzburg
Postfachanschrift: Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Hausanschrift: Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

b. Elektronisch

Die Klage kann beim **Bayerischen Verwaltungsgericht Würzburg** auch elektronisch nach Maßgabe der der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de) zu entnehmenden Bedingungen erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung grundsätzlich eine Verfahrensgebühr fällig.

Ergänzende Belehrung zur Anordnung zur sofortigen Vollziehbarkeit kraft Gesetzes:

Wegen der sofortigen Vollziehbarkeit kraft Gesetzes hat eine Klage gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 VwGO). Das bedeutet, dass die Anforderungen auch dann befolgt werden müssen, wenn Klage erhoben wird.

Bei der Ausgangsbehörde, im vorliegenden Fall beim Landratsamt Aschaffenburg, kann die Aussetzung der sofortigen Vollziehung bzw. bei dem in der Rechtsbehelfsbelehrung genannten Gericht die Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage beantragt werden.

Dr. Alexander Legler
Landrat

LANDRATSAMT ASCHAFFENBURG

gez.

Dr. Alexander Legler
Landrat